



«Die Verträge zur Altersvorsorge sind nicht verlässlich»

Pensionskassen Seit der Einführung der obligatorischen beruflichen Vorsorge BVG haben sich Inflation, Kapitalerträge und Lebenserwartung fundamental verändert. Um weiterhin sichere Renten zu garantieren, brauche es ein Umdenken, sagt Martin Janssen von der Universität Zürich. Interview Jürg Zulliger / Foto Trix Niederau

Context: Herrn Janssen, wie stellen Sie sich Ihre Pensionierung vor?

Martin Janssen: Ich hoffe, dass ich bis zum Alter 80 arbeiten kann. Was die Pensionskasse betrifft, habe ich immer kaum mehr als das Minimum einbezahlt.

Ist das als Misstrauensvotum gegenüber dem BVG zu werten?

Auch meinen Kollegen rate ich, privat vorzusorgen. In der beruflichen Säule

kann ich nicht ausschliessen, dass jüngere Personen weniger erhalten, als sie einzahlten. Ich gehe davon aus, dass manche Pensionskassen zu Sanierungsmassnahmen greifen müssen und die Renten künftig sinken werden.

Vor allem die Rentenumwandlungssätze sind ein umstrittenes Politikum. Bis 2014 wird dieser Umwandlungssatz von früher 7,2 auf 6,8 Prozent sinken. Mit 100 000

Franken Kapital gibt es also 6800 statt 7200 Franken. Was halten Sie davon?

Ich muss vorausschicken, dass die Renten nach heutiger Vorstellung sicher sein sollten. Wenn wir uns anschauen, wie Unternehmungen oder Kantone sichere Zahlungsverpflichtungen verbuchen, nimmt man heute einen Zinssatz von höchstens 0 bis 1 Prozent an. Die 100 000 Franken tragen also kaum Zins.

Martin Janssen (64) ist Professor für Finanzmarktökonomie am Institut für Banking und Finance der Universität Zürich sowie Leiter der Ecofin-Gruppe. Seine eigene Firma führt selbst mehrere Sammelstiftungen – vor allem für KMU, die keine eigene Pensionskasse haben. Janssen war unter anderem auch mehr als 10 Jahre Mitglied der Anlagekommission der Pensionskasse der Stadt Zürich.

© Copyright Jürg Zulliger /
context

Welche Rolle spielt die Lebenserwartung?

Zum Zeitpunkt der Pensionierung haben Frauen und Männer heute im Durchschnitt eine Lebenserwartung von rund 23,5 Jahren. 100 geteilt durch diese Ziffer gibt etwas mehr als vier Prozent. So komme ich zum Schluss, dass die Umwandlungssätze immer noch um etwa die Hälfte zu hoch sind. Sofern die künftigen Rentnerinnen und Rentner höhere Risiken eingehen wollen, kann man längerfristige Erträge von drei oder vier Prozent annehmen. So ergeben sich wieder höhere Rentenumwandlungssätze. Wenn man aber die Berechnung auf Sicherheit auslegt, muss man sich auf deutlich tiefere Renten einstellen.

Bei der Einführung der Beruflichen Vorsorge BVG lag der Rentenumwandlungssatz bei 7,2 Prozent. War diese Kalkulation damals richtig?

Ja, 1985 schon. Aber allein wegen der steigenden Lebenserwartung hätten die Rentenumwandlungssätze jedes Jahr um 0,05 Prozent gesenkt werden müssen. Hinzu kommt, dass die Zinsen wegen der hohen Inflation damals bei fünf bis sechs Prozent pro Jahr lagen. Mittlerweile ist das Zinsniveau fast auf null Prozent gesunken. Die Pensionskassen funktionieren aber nicht nach dem Umlageverfahren wie die AHV. Irgendjemand muss also für die bestehende Finanzierungslücke zahlen.

Wer zahlt Ihrer Meinung nach dafür?

Das fehlende Geld nimmt man den Jungen weg. In vielen Pensionskassen ist es heute sogar so, dass bei einer richtigen Berechnung das ganze Kapital den Rentnern gehört. Um die Rentenversprechen zu finanzieren, müsste viel mehr Kapital vorhanden sein. So gesehen, besitzen die Erwerbstätigen in einigen Fällen gar kein Kapital in diesen Pensionskassen; sie müssen nur die Risiken tragen und die Kasse sanieren, wenn das Rentnerkapital nicht ausreicht.

Was ist Ihr Vorschlag für eine Anpassung?

Wir müssen erstens die Fakten auf den Tisch legen. Zweitens ist zu definieren, wie eine stabile Zukunft der 2. Säule aussehen könnte. Drittens müssen wir uns Gedanken machen, wie wir vom Status Quo dorthin kommen.

Müssen Gesetze und Verordnungen im BVG geändert werden?

Der Grundsatz in der Verfassung, die 2. Säule als Ergänzung zur AHV im Dreisäulenkonzept zu verankern, ist schon richtig. Aber das Gesetz mit den vorgeschriebenen Leistungen muss reformiert werden.

«Die Schweiz ist heute geradezu ein extremes Beispiel für unzuverlässige Verträge in der Altersvorsorge.»

Im Kern fordern Sie also tiefere Rentenumwandlungssätze und revidierte Annahmen bei den Kapitalerträgen?

Ja. Am Ende des Tages ist eine Pensionskasse eine Teilnehmerin am Markt. Sie kann nicht aus sich selbst heraus Geld schöpfen. Eine Pensionskasse nimmt die Einzahlungen von Arbeitnehmenden und Arbeitgebern entgegen und legt das Geld am Kapitalmarkt an. Die Kapitalerträge fließen wieder zurück in die PK. Man kann ihnen nicht vorschreiben, sie müssten sichere Renten bei einer vorgeschriebenen Mindestverzinsung garantieren. Im heutigen Umfeld lassen sich nun mal sichere Renten nur bei einer Verzinsung von null Prozent generieren. Es hat keinen Sinn zu behaupten, man könne drei, vier oder gar fünf Prozent erwirtschaften. Das Wasser fliesst auch nicht aufwärts, wenn man es vorschreibt. **Die Schweiz ist ein reiches Land, im Gegensatz zur Nachkriegsgeneration geht es vielen Rentnern heute wesentlich besser. Ein Jammern auf hohem Niveau also?**

Stellen wir uns zwei junge Menschen im Alter 25 vor. Dem einen verspricht man gar nichts, dem anderen verspricht man, er werde im Alter 65 fünf bis sechs Prozent seines Kapitals als Rente erhalten. Wenn es so weit ist, sagt man dem anderen, er erhalte nur die Hälfte. Wem wird es besser gehen?

Dem anderen, er wird immerhin doch noch eine Rente bekommen.

Nein, das finde ich nicht. Der andere, der mit nicht eingelösten Versprechen konfrontiert ist, wird masslos enttäuscht sein. Beide haben für sich einen Lebensplan entworfen, der eine wird seine Ziele verwirklichen können, der andere eben

nicht. Lebenspläne sind etwas sehr Wichtiges für die Menschen. Viele träumen davon, sich nach der Pensionierung noch das eine oder andere zu leisten. Scheitern die Pläne, bedeutet dies einen grossen persönlichen Rückschlag.

Würden Sie also die freie, individuelle Vorsorge anstelle von 1. und 2. Säule ausbauen?

Das will ich nicht sagen damit. Absolut entscheidend ist für mich, dass wir verlässliche Verträge eingehen. Die Schweiz ist heute geradezu ein extremes Beispiel für unzuverlässige Verträge in der Altersvorsorge. Schon die Generation derjenigen, die in den nächsten paar Jahren pensioniert wird, wird dies realisieren. Und die spätere Generation wird noch viel härter auf den Boden der Realität kommen.

Würden Sie von einer Ungleichbehandlung der Generationen sprechen?

Ja, diejenigen, die in den letzten paar Jahren in Pension gingen, fahren im Vergleich am besten.

Diese Leute werden aber widersprechen, sie haben immerhin das BVG überhaupt erst aufgebaut.

Es sind nun einmal Fakten. Wer 1985 in Rente ging, hatte nominal auch eine recht gute Rente, aber damals war man mit etwa fünf Prozent Inflation konfrontiert. Heute liegen die Renten auf dem gleichen Niveau, und es gibt praktisch keine Inflation.

Würden Sie das System hinsichtlich des Teuerungsausgleichs der Renten ändern?

Das System müsste als Basis reale Renten vorsehen und auch so rechnen. Ein Teuerungsausgleich wäre nur dann zu gewähren, wenn wir auch tatsächlich eine Inflation haben. Die Renten heute sind so berechnet, als ob wir fünf Prozent Inflation hätten. Das ist falsch.

Euro-Krise und schlechte Anlageergebnisse mit Aktien haben die Unterdeckung vieler PK noch verschärft. Wie sehen Sie heute die finanzielle Lage der PK?

Ich sehe die Probleme gar nicht primär bei der Bewertung der Aktiven respektive Aktien, sondern bei der Bewertung der Passiven bzw. Verpflichtungen. Wenn man einerseits höhere Obligationenwerte infolge tiefer Zinsen bilanziert, aber andererseits bei den Verpflichtungen das tiefe Zinsniveau ausser Acht lässt, sind das schlicht und einfach gefälschte Bilanzen.

Die finanzielle Schieflage der PK ist also noch viel schlimmer?

Ökonomisch richtig gerechnet wären die Deckungsgrade der PK etwa 10 bis 20

Prozentpunkte tiefer. Hat eine PK schon eine Unterdeckung bei 85 Prozent, so wären es dann bloss 65 oder 70 Prozent. Das heisst, die heute versprochenen Verpflichtungen sind gar nicht finanziert.

Bei den Vorsorgeeinrichtungen, unter den PK-Experten, bei den Revisionsgesellschaften und Aufsichtsbehörden hat es doch auch Profis. Rechnen die Ihrer Meinung nach falsch?

Ich bin sicher, dass in diesen Kreisen die Probleme bestens bekannt sind. Es ist einfach unpopulär, die Wahrheit zu sagen. In der Konsequenz müssten viele PK Sanierungsmassnahmen ergreifen, das heisst Leistungen kürzen, Beiträge erhöhen usw. In manchen Fällen von PK in der Romandie oder etwa auch bei der Vorsorgeeinrichtung des Kantons Zürich wären sogar massive Sanierungen nötig. *Heute haben wir verschiedene Vorsorgeeinrichtungen wie PK, Sammelstiftungen, Versicherungen usw. sowie gesetzliche Minimalleistungen. Würden Sie das ganze System ändern?*

Es ist keinesfalls zwingend, dass die PK und Sammelstiftungen im BVG dermassen falsch rechnen. Meine eigene Firma Ecofin führt auch solche Sammelstiftungen, und wir verkaufen Renten zum Zeitpunkt der Pensionierung zu Konditionen, die dann am Markt realistisch sind. Die Renten umwandlungssätze liegen dann etwa bei fünf Prozent.

Müssen Sie sich nicht an den gesetzlichen Umwandlungssatz halten, der höher liegt?

Doch natürlich. Aber bei uns muss man höhere Sparbeiträge leisten, um zum Beispiel einen Renten umwandlungssatz von 6,8 Prozent sicherstellen zu können. Auf dem Markt hat man damit keinen allzu leichten Stand. Dafür gehören unsere Sammelstiftungen zu den wenigen, die einen ökonomisch korrekt gerechneten Deckungsgrad von über 100 Prozent haben.

Der Versicherte und Rentner hat bis jetzt keine freie Wahl der Vorsorgeeinrichtung. Sind Sie für mehr Wettbewerb?

Zur Verbesserung der Lage müssen wir alle verfügbaren Kräfte mobilisieren. Der Wettbewerb ist insofern eine der wichtigsten Kräfte, aber im Grunde genommen bei allen Akteuren im BVG unbeliebt.

Wie würde dieser Wettbewerb aussehen?

Schon einige minimale Änderungen würden zu deutlich mehr Wettbewerb führen: Etwa wenn ich die Wahl hätte, bei einem Stellenwechsel das Alterskapital auch in der bisherigen Vorsorgeeinrichtung zu behalten. Oder wenn ich es nach meinem Ermessen auf ein Freizügigkeitskonto überweisen könnte. Das ergäbe mehr Wettbewerb.

Höchst umstritten ist auch eine allfällige Erhöhung des Rentenalters. Wie stellen Sie sich dazu?

Damit sind wir wieder bei den drei Schritten, die es nach meiner Auffassung zur Gesundung braucht. Es sind verschiedene Massnahmen denkbar, um das System ins Gleichgewicht zu bringen: früher

context

Special

Weiterbildung und Karriere

Die ideale Plattform für alle Anbieter auf dem Weiterbildungsmarkt. **Reservieren Sie sich noch heute Ihren Platz!**

Das Special erscheint in Grossauflage (50'000 Exemplare)

Die Ausgabe Nr. 8-2012 ist am Montag, 27. August 2012 in den Haushaltungen.

ANZEIGENSCHLUSS:
10. August 2012

Rolf Graber berät Sie gerne:
Telefon 043 322 60 30
context@c-media.ch

Creative Media GmbH
Zürichstrasse 135
8910 Affoltern am Albis

anfangen einzuzahlen, höhere Beiträge, mehr Anlagerisiko, spätere Pensionierung oder – ganz zweckmässig – flexible Renten.

Was meinen Sie damit?

Damit meine ich die Wahlmöglichkeit zwischen sicheren und weniger sicheren Renten. Wer als Rentner oder Rentnerin mehr Risiken mit der Anlage tragen will, kann eine voraussichtlich höhere Rente erreichen. Wer Wert auf Sicherheit legt, wählt eine tiefere, aber dafür sichere Rente.

Wäre eine solche Reform für untere Einkommensgruppen überhaupt sozialverträglich?

Ich schliesse nicht aus, dass für diese Gruppen während einer Übergangsphase sogar Steuergelder aufgewendet werden müssten, weil für sie sonst eine angemessene Lebensführung nicht erreichbar wäre.

Schlagzeilen macht die Tatsache, dass sich manche Rentner/innen ihr Kapital auszahlen lassen, das Geld verjubeln und dann später Ergänzungsleistungen beziehen. Muss man dies unterbinden?

Es ist nun mal so, der Staat schafft Möglichkeiten, irgendwie Geld zu beziehen; ohne dafür zu zahlen, werden gewisse Leute von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Bei der Einführung des BVG lautete die Botschaft: «Ihr könnt nicht selbst verlässlich für das Alter vorsorgen, also führt man das Zwangssparen ein.» Doch seither ist das System pervertiert: Der Gesetzgeber führte die Möglich-

keit ein, Kapital statt Rente zu beziehen, Immobilien zu kaufen oder mit dem PK-Geld Hypotheken zu amortisieren. Das System ist alles Mögliche, bloss keine Sozialversicherung mehr.

Würden Sie diese Bezugsmöglichkeiten streichen?

Das wäre mir zu absolut. Wenn jemand Wohneigentum damit erwerben will, warum nicht? Falsch hingegen finde ich, dass man das Geld dann auf anderem Weg – über Ergänzungsleistungen – wieder zurückbekommt, wenn man es verloren hat. Es muss eine Form der Bestrafung geben, wir müssen die Anreize richtig setzen. Missbrauch gibt es im Sozialsystem tatsächlich, aber wegen falscher Anreize des Systems.

Die oberste Verantwortung in Pensionskassen und Stiftungen tragen die paritätisch zusammengesetzten Stiftungsräte. Was ist deren Aufgabe?

Das Problem sehe ich darin, dass unser Vorsorgesystem unglaublich komplex ist. Ich befasse mich seit 20 Jahren damit und meinte mal, sehr viel zu wissen. Dennoch kam ich regelrecht auf die Welt, als wir 2003 eigene Sammelstiftungen gründeten: Die Sache ist unglaublich komplex und seitdem noch viel komplexer geworden. Den Firmenvertretern in den Stiftungsräten fehlt es sehr oft an Fachwissen. Dies würde sich nur beheben lassen, wenn die ganze Branche professionalisiert würde und die vielen kleinen Kassen zu grösseren Vorsorgeeinrichtungen zusammengelegt würden.

Die Situation an den Kapitalmärkten ist angesichts der Eurokrise und schwankenden Aktienmärkten höchst heikel. Weshalb eigentlich haben sich die Ertragsmöglichkeiten dermassen verschlechtert?

Eine schwierige Frage. Die 1990er-Jahre waren einfach anders. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges gab es in vielen neuen Volkswirtschaften einen Kapitalhunger und hohe Wachstumsraten. Das ermöglichte hohe Erträge, die so heute bei uns nicht mehr möglich sind. Vielleicht sind die nächsten zehn Jahre noch schwieriger als die letzten zehn. Jedenfalls macht es keinen Sinn, Rentnerinnen und Rentnern mit 600 000 Franken gespartem Alterskapital Leistungen zu versprechen, die auf der Basis von 900 000 Franken gerechnet sind. Solche Heilsversprechen am Kapitalmarkt sind höchst fragwürdig. Das ist etwa so, wie wenn man den Leuten sagen würde, es gebe ein Auto, das 300 Stundenkilometer schnell ist, sofort bremsen kann und nur einen halben Liter Benzin auf hundert Kilometer braucht.

© Copyright: Jürg Zulliger / context



ALUWAG

«Dank unserer Zusammenarbeit mit der iSource brauchen wir uns nicht einmal mehr um die Weiterentwicklung unserer IT Gedanken zu machen. Dies passt genau zu unserer Einstellung zur IT: Wir wollen uns auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren, die IT ist dabei wie ein Gebrauchsgegenstand, der einfach zu funktionieren hat.»

Markus Wagner
Finanzchef ALUWAG AG

**OUTSOURCING SERVICES
CONSULTING ENGINEERING
IT SERVICE CENTER**

Zahlreiche Kunden aus den unterschiedlichsten Branchen verlassen sich täglich auf die langjährige Erfahrung und die ausgewiesenen Spezialisten von iSource. www.isource.ch

IT Outsourcing für erfolgreiche KMU 